

Schönhauser Gespräche 2009:

Deutschland im Wahl- und Krisenjahr

Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen
im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken

November 2009



demo/skopie

Umfragen | Meinungen | Gesellschaftstrends

Executive Summary	4
I. Deutschland nach der Wahl	
Politische Aufbruchstimmung	6
Lösung wichtiger Probleme	6
Erwartung größerer Veränderungen	7
Beurteilung des Parteiensystems	7
Zufriedenheit mit der Demokratie	7
II. Einschätzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise	
Zufriedenheit und Zukunftsoptimismus	8
Eigene wirtschaftliche Lage und Arbeitsplatzsicherheit	8
Negative Auswirkungen der Krise	9
Erwartete Dauer der Krise	9
Krisenfolgen im Vergleich zu anderen Ländern	9
Beurteilung der Globalisierung	9
Wichtige Probleme in Deutschland	10
Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage	10
Fähigkeit der Politik, die Wirtschaftsprobleme zu lösen	10
III. Wirtschaftsordnung und sozialer Zusammenhalt	
Beurteilung der Sozialen Marktwirtschaft	11
Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft	11
Soziale Gerechtigkeit	12
Zusammenhalt in der Gesellschaft	12
IV. Staat und Wirtschaft	
Rolle des Staates in der Wirtschaft	13
Meinung zu Unternehmen in Deutschland	14
Meinung zu hohen Unternehmensgewinnen	14
V. Vertrauen in Banken	
Vertrauen in die eigene Bank	15
Vertrauen in die Banken in Deutschland	15
Verhaltensänderung der Banken aufgrund der Finanzmarktkrise	16
Kontrolle der internationalen Finanzmärkte	16
Die Fragen im Wortlaut	17
Informationen zur Umfrage	19

Deutschland nach der Wahl

- Nach der Wahl erkennen drei von zehn Deutschen eine politische Aufbruchstimmung im Land.
- Die Erwartungen mit Blick auf die Lösung wichtiger politischer Probleme sind gedämpft optimistisch: 24 % sehen die Chancen verbessert, die Probleme zu lösen, 14 % verschlechtert; der größte Teil der Befragten (59 %) kann indes keinen Unterschied gegenüber der Situation vor der Wahl ausmachen.
- Die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie in Deutschland ist im Wahljahr erkennbar gestiegen, und zwei Drittel der Befragten meinen auch, dass sich das Parteiensystem bewährt habe.

Einschätzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise

- Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich offenbar auf die Lebenssituation und das allgemeine Befinden der Deutschen bislang nicht in größerem Maße ausgewirkt. Von einer Krisenstimmung kann keine Rede sein; allerdings gibt ein Drittel der Befragten an, von konkreten negativen Folgen der Krise betroffen zu sein.
- Die meisten Deutschen rechnen damit, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise erst in mehreren Jahren gänzlich überwunden sein wird. Sie sehen Deutschland von der Krise aber nicht stärker betroffen als andere Länder.
- Die drängendsten Probleme des Landes sehen die Deutschen im wirtschaftlichen Bereich. Dass die Politik in der Lage ist, diese zu lösen, glauben 43 % der Befragten, womit die Zuversicht im langfristigen Vergleich erkennbar zugenommen hat.

Wirtschaftsordnung und sozialer Zusammenhalt

- Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft bleibt auf einem unbefriedigenden Niveau (52 %), hat sich aber seit Oktober 2008 zumindest stabilisiert.

Executive Summary

demo/skopie

- Nur noch gut ein Fünftel der Deutschen sieht in einer Stärkung der Marktkräfte ein wünschenswertes Ziel, während der Ruf nach mehr sozialer Absicherung durch den Staat (61 %) unvermindert anhält.
- Sieben von zehn Bürgern beklagen, dass es in Deutschland sozial ungerecht zugehe und sechs von zehn, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten Jahren abgenommen habe.
- Dass sie selbst „weniger haben, als ihnen gerechterweise zusteht“, meint hingegen nur ein knappes Drittel der Befragten. Der Trend der letzten Jahre lässt hierbei keine Verschärfung der Lage erkennen.

Staat und Wirtschaft

- Mit Blick auf die Rolle des Staates in der Wirtschaft sind die Deutschen gespalten: Die Anteile jener, denen die regulierenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft zu weit reichen, und jener, die dies nicht so empfinden, halten sich die Waage.
- Viele Bürger haben zwar weiterhin eine gute Meinung von Unternehmen, aber vier Fünftel bestreiten, dass Unternehmensgewinne für die Gesellschaft von Nutzen sind; vier von zehn kritisieren hohe Gewinne gar als moralisch bedenklich.

Vertrauen in Banken

- Das Verhältnis der Kunden zu ihrer eigenen Bank ist trotz der Finanzmarktkrise weitgehend intakt geblieben. Und ganz allmählich gewinnt die Bankenbranche auch wieder Vertrauen.

I. Deutschland nach der Wahl

Gedämpfte Erwartungen, höhere Zufriedenheit

Nach der Wahl erkennen drei von zehn Deutschen eine politische Aufbruchstimmung im Land, und die Erwartungen mit Blick auf die Lösung wichtiger politischer Probleme sind gedämpft optimistisch. Im Wahljahr hat zudem die Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System zugenommen. So ist die Zufriedenheit mit der Demokratie gestiegen, und zwei Drittel der Befragten meinen auch, das Parteiensystem in Deutschland habe sich bewährt – nach der Wahl noch deutlich mehr als zuvor.

Die Bürger sind nach der Bundestagswahl verhalten optimistisch

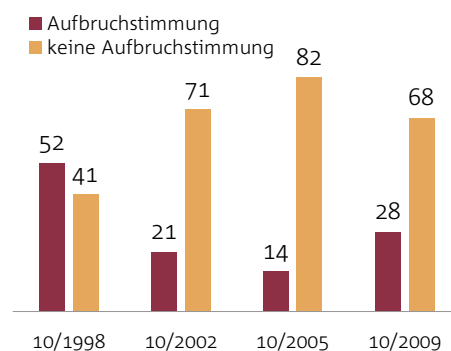
Die zurückliegende Bundestagswahl hat zwar zu einem Regierungswechsel geführt, gleichwohl hält sich die politische Aufbruchstimmung unmittelbar nach der Wahl in Grenzen; nur drei von zehn Deutschen können eine solche im Land erkennen.

Der Vergleich mit den drei Bundestagswahlen zuvor zeigt jedoch, dass heute deutlich mehr Bürger eine Aufbruchstimmung verspüren als nach den Wahlen 2002 und 2005. Nur nach der Bundestagswahl 1998, die nach 16 Regierungsjahren unter Bundeskanzler Kohl zur ersten rot-grünen Koalition führte, ist eine größere Aufbruchstimmung zu verzeichnen gewesen.

Mit Blick auf die Lösung wichtiger politischer Probleme haben die Deutschen gedämpft positive Erwartungen: 24 % sehen die Chancen für die Lösung der Probleme nach der Wahl verbessert, 14 % verschlechtert; der größte Teil der Befragten (59 %) erkennt indes in diesem Punkt keinen Unterschied gegenüber der Situation vor der Wahl.

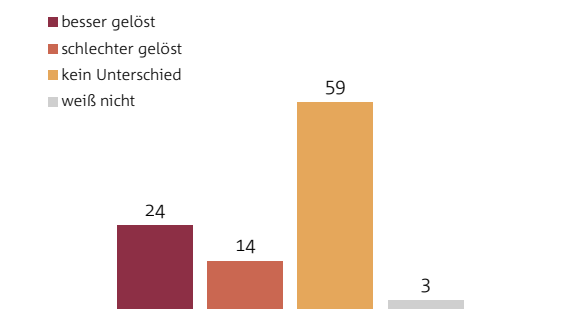
Es liegt in der Natur der Sache, dass die Anhänger der künftigen Regierungsparteien deutlich häufiger der Ansicht sind, die Probleme könnten jetzt besser gelöst werden: Während 41 % der CDU/CSU-Anhänger und 48 % der FDP-Anhänger dies vertreten, sind es in der Anhängerschaft von SPD, Grünen und der Linkspartei nur jeweils rund 10 %.

„Jetzt nach der Wahl gibt es ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Oktober 2009; Angaben in Prozent.

„Nach der Wahl werden jetzt die wichtigen Probleme ...“



Quelle: Bankenverband; Befragung Oktober 2009; Angaben in Prozent.

Deutschland nach der Wahl

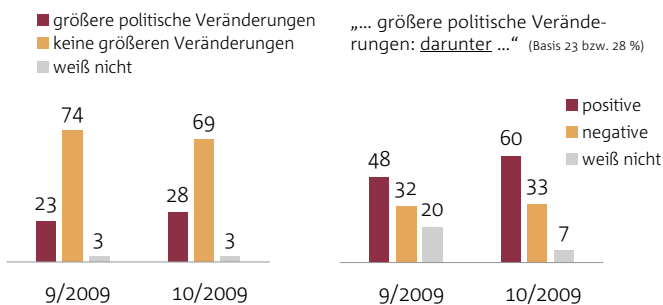
Gestiegene Systemzufriedenheit

Mit der verhaltenen Aufbruchstimmung der Deutschen korrespondiert, dass die meisten Befragten auch keine größeren politischen Veränderungen infolge der Bundestagswahl erwarten: Vor dem 27. September meinten nur 23 % und jetzt nach der Wahl (Oktober-Umfrage) mit 28 % nur wenig mehr, es werde größere politische Veränderungen geben. Jene Deutschen, die tatsächlich Veränderungen größeren Ausmaßes auf das Land zukommen sehen, verbinden damit überwiegend positive Erwartungen (60 %); hingegen befürchtet nur jeder Dritte von ihnen eine Verschlechterung. Gegenüber der Befragung vor der Wahl hat der in dieser Hinsicht optimistisch gestimmte Anteil der Deutschen erkennbar zugenommen.

Auch schon in früheren Jahren konnte beobachtet werden, dass Bundestagswahlen für das politische System eine legitimierende Funktion haben und sie zu einer höheren Systemakzeptanz führen. Im Wahljahr 2009 lässt sich dies anschaulich mit der Meinungsentwicklung zum hiesigen Parteiensystem belegen. Hatten sich drei Wochen vor der Wahl 58 % der Deutschen mit dem Parteiensystem zufrieden gezeigt, waren es knapp drei Wochen nach der Wahl 68 % – ein sprunghafter Anstieg um zehn Prozentpunkte, der im Grunde nur durch den Wahlvorgang selbst zu erklären ist.

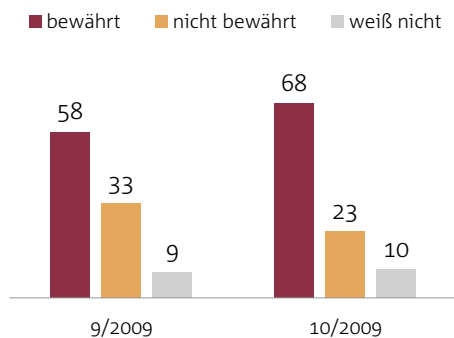
Auch die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie weist im Wahljahr einen positiven Trend auf: von 53 %, die sich im Herbst 2008 in dieser Hinsicht zufrieden äußerten über 59 % im Frühjahr 2009 bis zu 62 % im September 2009. Diese längerfristige Entwicklung geht gewiss nicht allein auf die Bundestagswahl zurück, zumal bereits bis Oktober 2008 ein kräftiger Anstieg der Demokratiezufriedenheit zu verzeichnen war. Plausibler ist, dass sich hier das entschlossene Eingreifen und das gelungene Krisenmanagement der Politik auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise im Herbst vergangenen Jahres positiv ausgewirkt haben.

„Ich erwarte nach der Bundestagswahl ...“



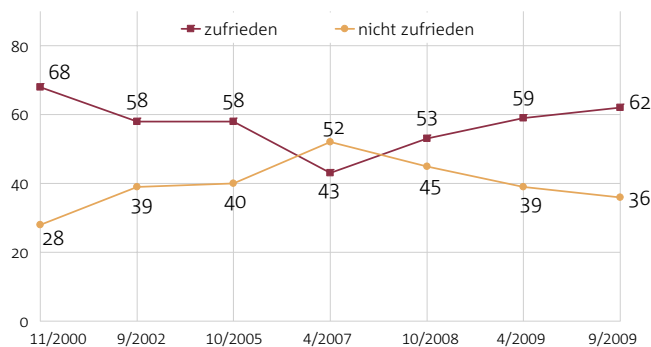
Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Oktober 2009; Angaben in Prozent.

„Das Parteiensystem in Deutschland hat sich ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Oktober 2009; rundungsbedingte Summenabweichung; Angaben in Prozent.

„Ich bin mit der Demokratie in Deutschland eher ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

II. Einschätzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Von Krisenstimmung kann keine Rede sein

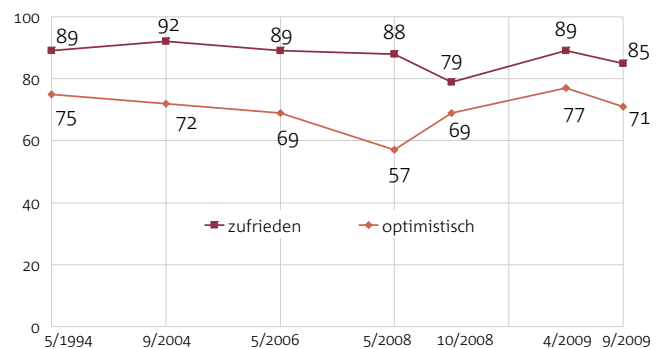
Auf die Lebenssituation und das allgemeine Befinden der Bürger hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang offenbar kaum ausgewirkt; allerdings gibt ein Drittel auch an, konkrete negative Folgen zu spüren. Die meisten Befragten glauben, dass Deutschland von der Krise nicht stärker betroffen sei als andere Länder, rechnen aber damit, dass die Krise erst in einigen Jahren überwunden sein wird. Folgerichtig sehen die Bürger die momentan drängendsten Probleme im ökonomischen Bereich.

Die Deutschen bleiben trotz Krise zuversichtlich

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in der persönlichen Lebenssituation und im allgemeinen Befinden der Deutschen noch nicht in größerem Ausmaß niedergeschlagen. So geben 85 % der Befragten an, mit ihrem Leben alles in allem zufrieden zu sein und zumindest sieben von zehn Deutschen sind auch mit Blick auf die Zukunft optimistisch. Lebenszufriedenheit und Zukunftsoptimismus der Deutschen haben damit gegenüber dem Frühjahr zwar leicht abgenommen; sie bleiben aber insgesamt – und auch im längerfristigen Vergleich – auf hohem Niveau.

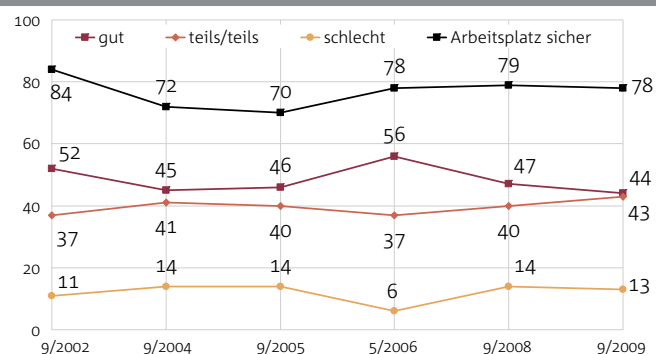
Ihre persönliche wirtschaftliche Situation beurteilen die Deutschen in den zurückliegenden Jahren ebenfalls relativ konstant. 44 % der Befragten berichten aktuell von einer guten, mit 43 % nahezu genauso viele von einer teils guten, teils schlechten und 13 % von einer schlechten eigenen ökonomischen Lage. Im langfristigen Vergleich fallen diese Werte – sieht man vom wirtschaftlichen Boomjahr 2006 einmal ab – keineswegs aus dem bisherigen Rahmen, und noch weniger spiegeln sich darin bislang die Folgen des in diesem Jahr schärfsten Konjunkturerinbruchs der deutschen Nachkriegsgeschichte wider. Letzteres gilt wohl auch für die Einschätzung der Berufstätigen im Hinblick auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die weiterhin auf gleichbleibend hohem Niveau verharrt.

Lebenszufriedenheit und Zukunftsoptimismus



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Meine eigene wirtschaftliche Lage ist ...“ „Mein Arbeitsplatz ist sicher.“ (nur Berufstätige)



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

Einschätzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise

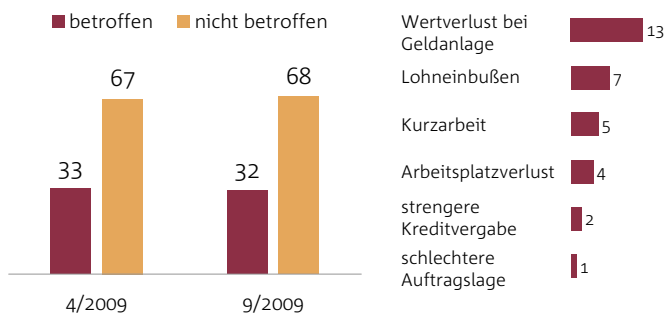
Konkrete Krisenfolgen

Wenn sich die Deutschen Lebenszufriedenheit und Zukunftsoptimismus erhalten, bedeutet dies nicht, dass sie von den Folgen der Krise nicht betroffen wären. Ein Drittel der Befragten – ebenso viel wie schon im April dieses Jahres – gibt an, Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren. In den meisten Fällen werden Verluste bei Geldanlagen (13 %) genannt, wobei hier offen bleibt, welches Ausmaß diese Verluste annehmen und ob sie nicht zumindest teilweise auch ohne Finanzkrise eingetreten wären. 7 % der Befragten berichten von Lohneinbußen infolge der Krise, 5 % von Kurzarbeit und 4 % vom Verlust ihres Arbeitsplatzes. Über eine strengere Kreditvergabe durch Banken klagen 2 % und über eine schlechtere Auftragslage 1 % der Befragten.

Nur ein Fünftel der Bürger ist der Auffassung, Deutschland sei härter von der Krise betroffen als andere westliche Länder. Obwohl es besonders starke Einbußen im Exportgeschäft zu verzeichnen hat, sehen die meisten Deutschen das eigene Land durch die Krise entweder gleich stark (40 %) oder sogar weniger (31 %) in Mitleidenschaft gezogen. Die große Mehrheit erwartet dennoch, dass es längere Zeit in Anspruch nehmen wird, die negativen Folgen zu beheben und die Krise zu überwinden. Vier von zehn Befragten rechnen dafür mit einer Dauer von zwei bis drei Jahren, etwas über die Hälfte mit mehr als drei Jahren. Angesichts des tiefen Wirtschaftseinbruchs ist dies eine durchaus realistische Einschätzung.

Erfreulich ist, dass die Akzeptanz der in der Bevölkerung ohnehin mit gemischten Gefühlen gesehene Globalisierung durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang keinen Schaden genommen hat, sondern aktuell sogar eine etwas positivere Einschätzung zu verzeichnen ist. Schließlich ist Deutschland als stark exportorientiertes Land nach wie vor elementar auf internationalen Handel und freie Märkte angewiesen; beides bleibt auch in Zukunft Grundlage und Quelle des Wohlstands unseres Landes.

Negative Auswirkungen der Krise

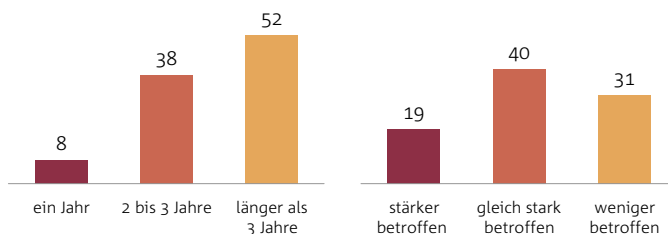


Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise

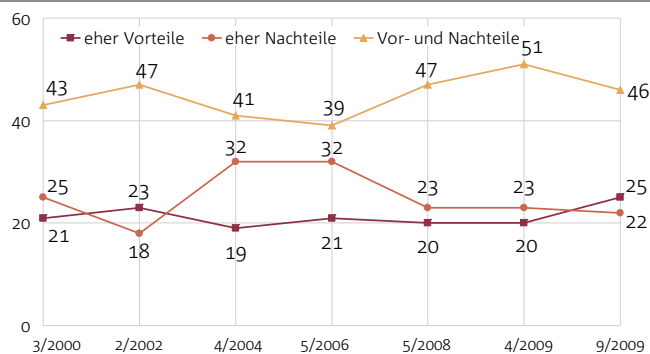
Wie lange wird es dauern bis die Krise überwunden ist?

„Deutschland ist im Vergleich zu anderen westlichen Ländern von der Krise ...“



Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent.

„Die Globalisierung bringt für Deutschland ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

Einschätzungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Herausforderung Wirtschaftskrise

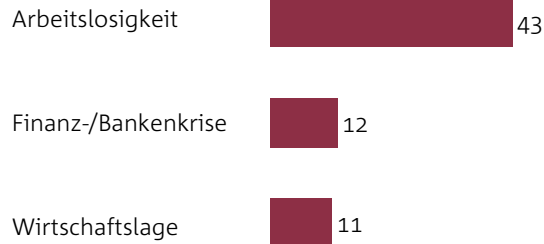
Die drängendsten Probleme des Landes sehen die Deutschen – angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht überraschend – im ökonomischen Bereich. Als mit Abstand wichtigstes Problem nennen die Befragten die zu hohe Arbeitslosigkeit, danach die Folgen der Finanzkrise sowie die weiterhin schwierige Wirtschaftslage.

Dabei bewerten die Deutschen die aktuelle Wirtschaftslage zwar deutlich schlechter als im Frühjahr 2008, aber noch immer etwa genauso gut wie im Herbst 2005 oder Frühjahr 2006. Der historisch tiefe Konjunkturunbruch des laufenden Jahres spiegelt sich demnach in der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage (noch) nicht in vollem Umfang wider.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beurteilen die Deutschen die Handlungsmöglichkeiten der Politik weiterhin eher skeptisch: Dass die Politik in der Lage sei, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, glauben 43 % der Deutschen. Damit hat die Zuversicht allerdings im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zugenommen: Im Jahre 2004 lag der entsprechende Anteil bei lediglich 23 %; nur im Frühjahr 2009 wurde mit 46 % ein leicht höherer Wert gemessen als jetzt im Oktober.

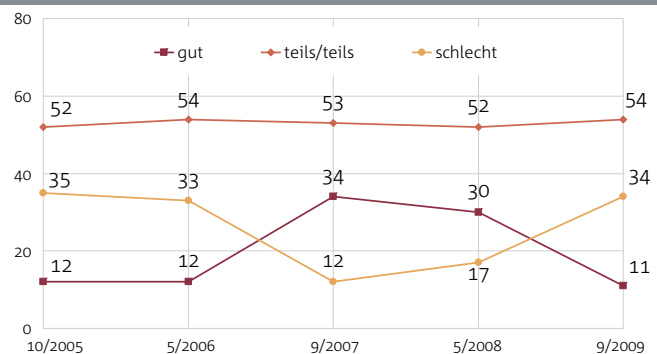
Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind eine außerordentliche Herausforderung an Politik und Wirtschaft. Auch wenn es inzwischen gelungen ist, die Rezession zu stoppen, versprechen die mittelfristigen Wachstumserwartungen eine nur langsame und mühevollere Wirtschaftserholung. Selbst unter optimistischen Prämissen dürfte das Niveau der Wirtschaftsleistung des Jahres 2008 frühestens 2012 oder 2013 wieder erreicht werden. Angesichts dieser Ausgangslage muss es wirtschaftspolitisch nun umso mehr darum gehen, alle Kräfte zu mobilisieren, die zusätzliches Wachstum in Deutschland ermöglichen.

Das wichtigste Problem in Deutschland



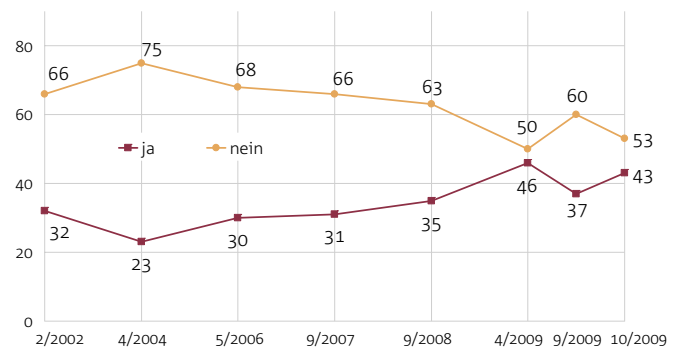
Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent; offene Frage.

„Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

Ist die Politik in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen?



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

III. Wirtschaftsordnung und sozialer Zusammenhalt

Vertrauen in die Marktwirtschaft unbefriedigend

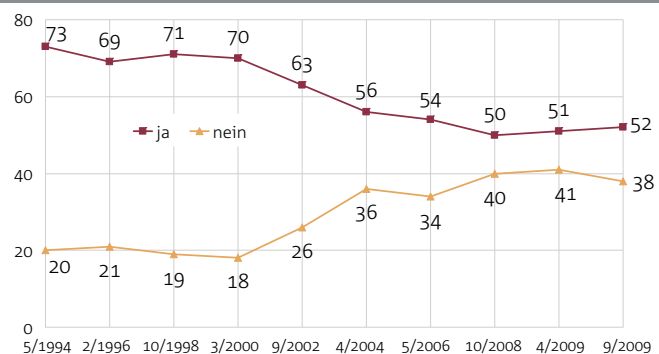
Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft bleibt auf einem unbefriedigenden Niveau, hat sich aber zumindest stabilisiert. Nur noch gut ein Fünftel der Deutschen sieht allerdings in einer Stärkung der Marktkräfte ein wünschenswertes Ziel, während der Ruf nach sozialer Absicherung durch den Staat unvermindert anhält. Viele beklagen, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe, und sehen den sozialen Zusammenhalt gefährdet, fühlen sich selbst jedoch nicht benachteiligt.

Der Ruf nach dem Staat wurde schon vor der Krise lauter

Nur rund die Hälfte der Deutschen findet, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt habe – ein angesichts deren unbestreitbaren Erfolgsgeschichte bemerkenswertes Ergebnis. Immerhin ist das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung trotz Finanz- und Wirtschaftskrise seit Oktober 2008 nicht weiter gesunken. Nach Jahren abnehmender Akzeptanz hat sich die Zustimmung damit zumindest stabilisiert. Dies zeigt, dass der Vertrauensschwund in die Soziale Marktwirtschaft in weiten Teilen nicht unmittelbar auf die aktuelle Wirtschaftskrise zurückgeführt werden kann, sondern auf schon länger vorhandenen Sorgen vieler Bürger beruht, das Wirtschaftssystem könnte künftig den gesellschaftlichen Wohlstand nicht mehr in ausreichendem Maße gewährleisten.

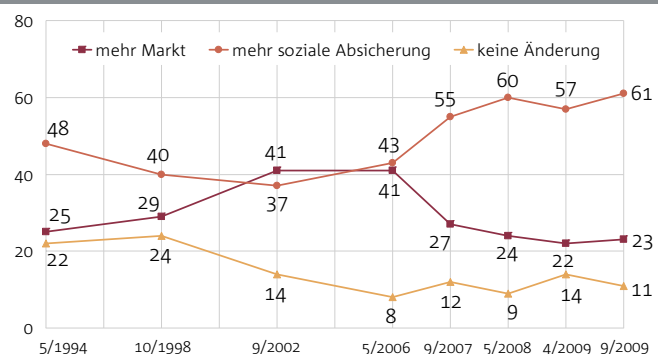
Parallel hierzu macht sich – ebenfalls bereits seit längerem – ein erheblicher Verlust an Marktvertrauen bemerkbar: Während zwischen 1994 und 2006 der Wunsch der Deutschen nach „mehr Markt und Wettbewerb“ zugenommen hatte, schwingt das Pendel seither deutlich zurück: Nur noch gut ein Fünftel sieht in einer Stärkung der Marktkräfte ein wünschenswertes Ziel. Damit verbunden ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer stärkeren Forderung nach mehr sozialer Absicherung, der sich weiter verfestigt hat. Sechs von zehn Deutschen sind inzwischen dieser Auffassung.

„Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt.“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

Wirtschaftsordnung und sozialer Zusammenhalt

Zusammenhalt gefährdet?

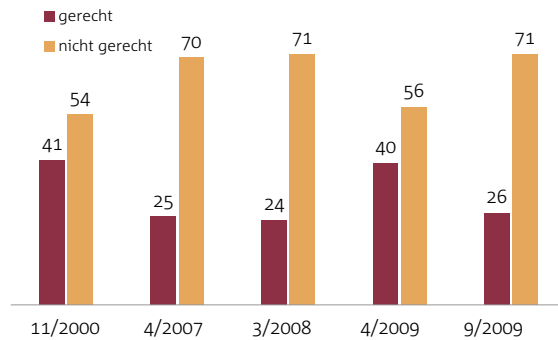
Sieben von zehn Deutschen beklagen, dass es hierzulande sozial nicht gerecht zugehe, sechs von zehn, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten Jahren abgenommen habe. Unter dem Eindruck des gelungenen Krisenmanagements der Politik hatten die Deutschen die Situation zur sozialen Gerechtigkeit im Frühjahr 2009 zwar positiver bewertet, mit wachsendem zeitlichen Abstand und angesichts der wieder aufgeflammt Diskussion um Boni und Managervergütung, fällt das Urteil nun aber wieder kritischer aus.

Auf individueller Ebene der Befragten stellt sich die Wahrnehmung zur sozialen Gerechtigkeit allerdings etwas anders dar: Dass sie selbst „weniger haben, als ihnen gerechterweise zusteht“, meint nur ein Drittel der Befragten, während sich zwei Drittel nicht benachteiligt fühlen. Entgegen der Einschätzung der Deutschen lässt der Trend der letzten Jahre hier auch keine Verschärfung der Lage erkennen.

Das ändert nichts daran, dass die Begleitumstände der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch einzelne Unternehmensskandale in jüngerer Zeit, das gesellschaftliche Klima mit Blick auf die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit erheblich belastet haben. Auch in Deutschland – wenngleich in geringerem Maße als im angelsächsischen Raum – hat es im Zusammenhang mit Bonuszahlungen Fälle gegeben, die das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen zutiefst verletzt haben.

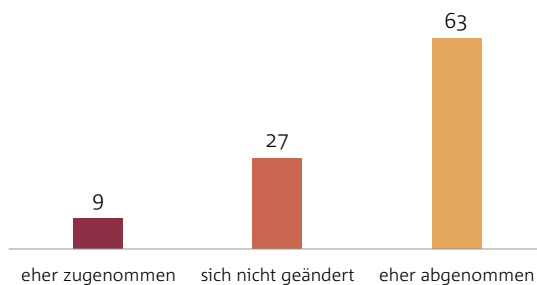
Die Umfrageergebnisse zeigen aber auch, dass die Deutschen bereits vor der Finanzkrise eine „Gerechtigkeitslücke“ wahrgenommen haben. 2007 – mitten im wirtschaftlichen Aufschwung – meinten ebenso viele wie heute, dass es sozial nicht gerecht zugehe. Damals überzog bei den Bürgern der Eindruck, der Aufschwung käme bei ihnen nicht an. Soziale Gerechtigkeit wird offenbar in hohem Maße auch in Relation zu der vermeintlichen oder tatsächlichen „Gewinnsituation“ der Unternehmen bemessen.

„In unserer Gesellschaft geht es sozial eher ... zu.“



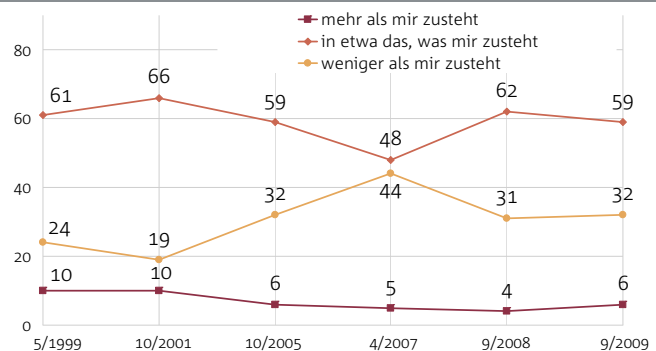
Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Der Zusammenhalt in der Gesellschaft hat in den letzten Jahren ...“



Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent.

„Ich habe in meinem Leben ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

IV. Staat und Wirtschaft

Gemischte Gefühle zu Staat und Wirtschaft

In der ordnungspolitisch wichtigen Frage der Rolle des Staates in der Wirtschaft sind die Deutschen gespalten: Genauso vielen Bürgern gehen die regulierenden Eingriffe des Staates zu weit wie Befragte dies nicht so empfinden. Und mit Blick auf die Wirtschaft selbst hat zwar die Mehrheit nach wie vor eine gute Meinung von den Unternehmen, hohe Unternehmensgewinne werden aber überwiegend kritisch beurteilt, teilweise sogar für moralisch bedenklich gehalten.

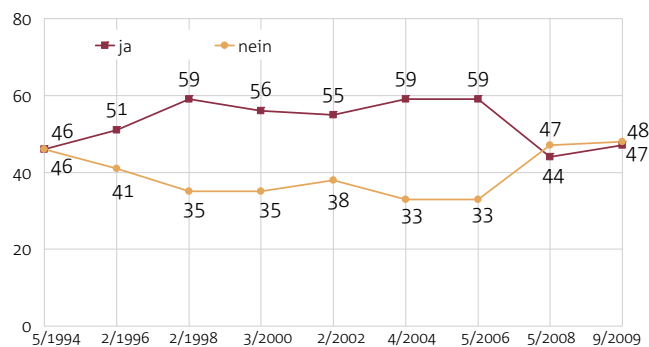
Zu Eingriffen des Staates in die Wirtschaft sind die Deutschen im Zwiespalt

Bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sah sich die Politik zu weitreichenden staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gezwungen. Diese waren mit Blick auf die systemische Krise auf den Finanzmärkten im Herbst vergangenen Jahres und den nachfolgenden Wirtschaftseinbruch auch notwendig gewesen. Angesichts der außergewöhnlichen Situation hat sich die Meinungslage in der Bevölkerung verändert: Die Anteile jener, denen die regulierenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gegenwärtig zu weit reichen, und jener, die dies nicht so sehen, halten sich nunmehr die Waage; zuvor überwog noch deutlich die Kritik der Bürger an zu starken staatlichen Eingriffen.

Vor dem Hintergrund der Krise befürwortet rund die Hälfte der Befragten auch staatliche Hilfen für wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen. Allerdings: 54 % der Deutschen mahnen ebenso an, der Staat solle sich nach der Krise mit Eingriffen in die Wirtschaft wieder stärker zurückhalten.

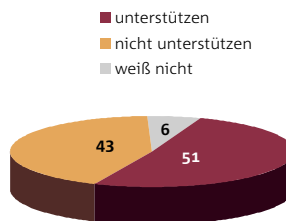
Das ist auch tatsächlich geboten. Aus ordnungspolitischer Sicht sollten die staatlichen Interventionen nur so lange dauern, wie es die Krise erfordert. Sowohl bei der Stützung des Bankensystems als auch in der Geldpolitik sowie auf dem Feld der Konjunkturpolitik sollte deshalb beizeiten eine „Exitstrategie“ ins Auge gefasst werden.

„In der Wirtschaft werden zu viele Dinge durch den Staat geregelt.“

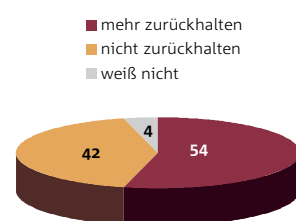


Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Der Staat sollte angeschlagene Unternehmen ...“



„Nach der Krise sollte sich der Staat mit Eingriffen ...“



Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent.

Staat und Wirtschaft

Gute Unternehmen, schlechte Gewinne?

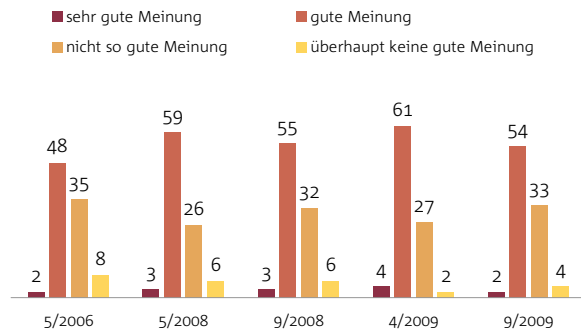
Offenkundig stehen viele Bürger bereits grundlegenden Elementen unserer Volkswirtschaft mit ambivalenten Gefühlen gegenüber. Eine – wenn auch nicht allzu große – Mehrheit der Deutschen hat zwar nach wie vor eine zumindest gute Meinung von den Unternehmen. 81 % der Befragten bestreiten allerdings, dass Unternehmensgewinne – auch hohe – für die Gesellschaft insgesamt von Nutzen sind; fast vier von zehn Deutschen kritisieren hohe Gewinne gar als „moralisch bedenklich“.

Wenn der Nutzen von hohen Unternehmensgewinnen für die Gesellschaft von vier Fünftel der Deutschen rundweg bestritten bzw. nicht erkannt wird, offenbart dies auch erhebliche Defizite im Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge. Denn Gewinne sind schließlich tragender Bestandteil jeder funktionierenden Wirtschaftsordnung und als Motor der Ökonomie Voraussetzung für Innovationen und Investitionen, und damit insbesondere für die Sicherung von Beschäftigung.

Die primäre gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist es, durch erwirtschaftete Gewinne den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Nur durch Gewinne können Arbeitsplätze im Unternehmen erhalten und neue geschaffen werden. Nur durch Gewinne können Unternehmen zu einem höheren Steueraufkommen des Staates beitragen. Und nur durch Gewinne kann schließlich auch darüber hinausgehendes soziales und kulturelles Engagement von Unternehmen finanziert werden.

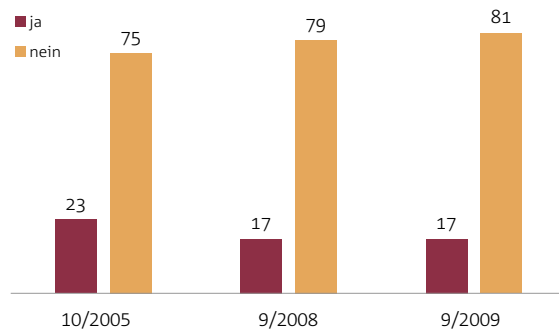
An die volkswirtschaftlich wichtige Funktion von Gewinnen gilt es ebenso wie an andere Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder zu erinnern. Für unsere Wirtschaftsordnung zu werben und ihre zentralen Grundlagen zu vermitteln – das zeigen auch diese Umfrageergebnisse – ist und bleibt eine gesellschaftliche Daueraufgabe.

„Von den Unternehmen in Deutschland habe ich eine ...“



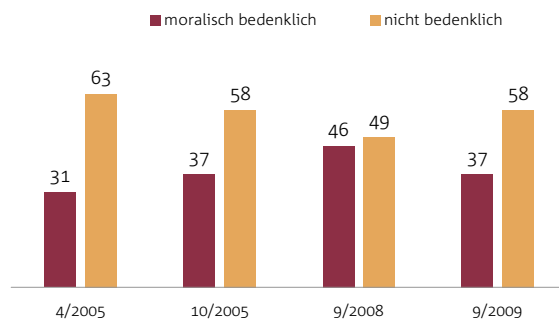
Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Hohe Unternehmensgewinne kommen der gesamten Gesellschaft zugute.“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Hohe Unternehmensgewinne sind ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

V. Vertrauen in Banken

Fehler beheben – Vertrauen zurückgewinnen

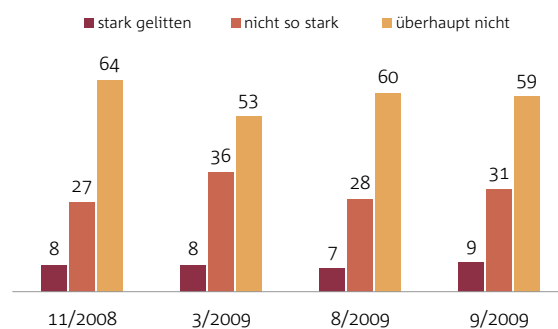
Die individuelle Kunde-Bank-Beziehung hat sich in der Finanzmarktkrise als durchaus stabil erwiesen. Doch die Branche insgesamt hat – auch durch eigene Fehler – erheblich an Vertrauen in der Gesellschaft verloren. Dieses Vertrauen wollen die Banken zurückgewinnen. Auch wenn die Kreditwirtschaft nun ganz allmählich wieder an Rückhalt gewinnt, bedarf es hierfür noch eines langen Prozesses der stetigen Bewährung und des Vertrauensaufbaus.

Das Vertrauen in die Banken wächst ganz allmählich wieder

Das Verhältnis der Kunden zu ihrer eigenen Bank ist trotz der Finanzmarktkrise weitgehend intakt geblieben. Dass das persönliche Vertrauen in die Hausbank stark gelitten habe, geben „nur“ 9 % der Deutschen an. Doch hat die Krise darüber hinaus vor allem dem Ansehen der Branche insgesamt erheblichen Schaden zugefügt: Nach dem Vertrauen in die Banken allgemein gefragt, sah bis vor kurzem mehr als die Hälfte der Deutschen dieses stark beeinträchtigt. Der Anteil ist jüngst auf 42 % gesunken, doch das ist für die Banken gewiss kein Grund, nun in ihren Anstrengungen nachzulassen, neues Vertrauen zu gewinnen.

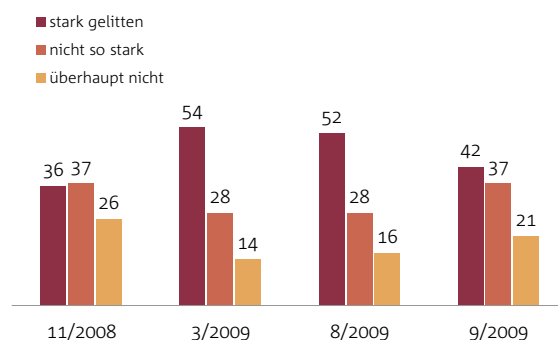
Vertrauen ist für das Bankgeschäft eine unverzichtbare Voraussetzung. Die Banken haben deshalb auf unterschiedlichen Feldern entsprechende Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen. Über institutionelle, regulatorische und technische Verbesserungen hinaus sind nicht zuletzt Veränderungen im Bereich Vergütung und Bonusysteme erforderlich. Hier hat es in Deutschland – wenn auch nur bei einer überschaubaren Personenzahl – Missstände gegeben, die dem Ruf der gesamten Branche erheblich geschadet haben. Inzwischen haben allerdings viele deutsche Banken neue Vergütungsregelungen eingeführt oder sind dabei, sie einzuführen, die sich sehr viel stärker am nachhaltigen, am langfristigen Erfolg der Kreditinstitute orientieren.

„Mein Vertrauen in meine eigene Bank hat angesichts der Finanzmarktkrise ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

„Mein Vertrauen in die Banken in Deutschland hat angesichts der Finanzmarktkrise ...“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

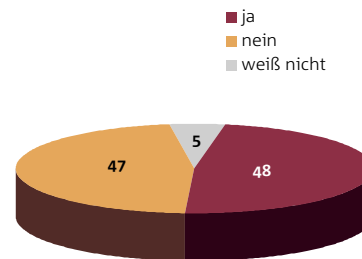
Vertrauen in Banken

Auf dem richtigen Weg

Die Banken können nur Vertrauen zurückgewinnen, wenn sie – für die Öffentlichkeit erkennbar – aus den begangenen Fehlern lernen. Inzwischen meint immerhin rund die Hälfte der Deutschen, dass die Banken Konsequenzen gezogen haben und in ihren Finanzgeschäften nun vorsichtiger geworden sind. Dies zeigt, dass die Banken auf dem richtigen Weg sind, der konsequent weiter beschritten werden muss. Allerdings kann nicht erwartet werden, dass das Vertrauen der Verbraucher in einer solch sensiblen Frage schnell und umfassend zurückkommen könnte.

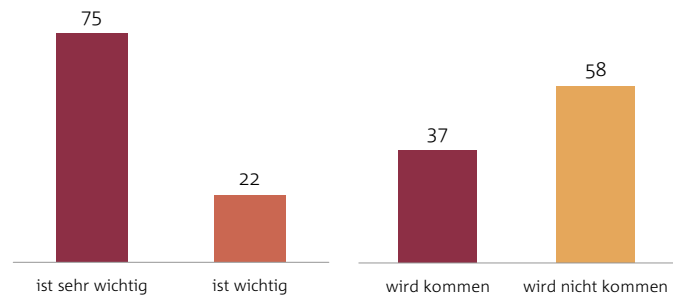
Mit Blick auf das Vertrauen in die Stabilität der internationalen Finanzmärkte halten fast alle Befragten eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte für sehr wichtig (75 %) oder wichtig (22 %). Sechs von zehn glauben jedoch nicht, dass es tatsächlich dazu kommen wird. Das Vertrauen in die Politik wie in die Marktakteure, hierbei eine Lösung zustande zu bringen, wird wohl erst zunehmen, wenn die erzielten Fortschritte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. Eine bessere, effektivere Regulierung der internationalen Finanzmärkte liegt jedenfalls im Interesse der Banken. Daher unterstützen sie den von der G20 initiierten Reformprozess nachdrücklich.

„Die Banken sind in ihren Finanzgeschäften aufgrund der Finanzmarktkrise vorsichtiger geworden.“



Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent.

„Eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte ...“



Quelle: Bankenverband; September 2009; Angaben in Prozent.

Fragen im Wortlaut

Seite 6:

Was ist Ihr Eindruck: Herrscht in Deutschland jetzt nach der Wahl ...

- eine politische Aufbruchstimmung, oder
- herrscht keine politische Aufbruchstimmung?

Wenn Sie an den Ausgang der Bundestagswahl denken: Glauben Sie, dass jetzt die wichtigen Probleme ...

- besser gelöst werden,
- schlechter gelöst werden, oder
- macht das keinen großen Unterschied?

Seite 7:

Was glauben Sie: Wird es (nun) nach der Bundestagswahl ...

- zu größeren politischen Veränderungen kommen, oder
- glauben Sie das nicht?

[Falls größere Veränderungen:] Und wird es sich ...

- eher zum Besseren verändern oder
- eher zum Schlechteren?

Was meinen Sie zum Parteiensystem in Deutschland?

- Hat sich das Parteiensystem bisher bewährt, oder
- hat es sich bisher nicht bewährt?

Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind Sie damit ...

- eher zufrieden oder
- eher unzufrieden?

Seite 8:

Sind Sie insgesamt mit dem Leben, das Sie führen, ...

- eher zufrieden oder
- eher unzufrieden?

Wenn Sie an Ihre persönliche Zukunft denken: Sind Sie da ...

- eher optimistisch oder
- eher pessimistisch?

Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie ...

- gut,
- teils gut, teils schlecht oder
- schlecht?

Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für ...

(nur Berufstätige)

- sicher oder
- gefährdet?

Seite 9:

Haben Sie selbst bisher ...

- negative Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren bekommen, oder
- haben Sie das nicht?

[Falls ja:] Und welche waren das?

Wie lange wird es dauern, bis in Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden ist? Wird dies ...

- schon in einem Jahr sein,
- in zwei bis drei Jahren sein, oder
- wird das noch länger dauern?

Wenn Sie einmal Deutschland mit anderen westlichen Ländern vergleichen: Ist Deutschland da von der Finanz- und Wirtschaftskrise ...

- stärker betroffen,
- weniger stark betroffen, oder
- gibt es da keinen großen Unterschied?

Was meinen Sie: Bringt die Globalisierung für Deutschland ...

- eher Vorteile,
- eher Nachteile, oder
- gleichen sich Vor- und Nachteile aus?

Seite 10:

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie ...

- gut,
- teils gut, teils schlecht oder
- schlecht?

Glauben Sie, dass die Politik heute in der Lage ist, ...

- die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu lösen, oder
- glauben Sie das nicht?

Fragen im Wortlaut

Seite 11:

Was meinen Sie zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik, der Sozialen Marktwirtschaft?

- Hat sie sich bisher bewährt, oder
- hat sie sich bisher nicht bewährt?

Und wenn es um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft geht: Brauchen wir da ...

- eher mehr Markt, also mehr freien Wettbewerb,
- eher mehr soziale Absicherung, oder
- brauchen wir da keine großen Änderungen?

Seite 12:

Was meinen Sie: Geht es in unserer Gesellschaft ...

- eher sozial gerecht zu oder
- eher sozial ungerecht zu?

Was meinen Sie: Hat der Zusammenhalt in der Gesellschaft in den letzten Jahren ...

- eher zugenommen,
- eher abgenommen, oder
- hat sich da nicht viel verändert?

Wenn Sie einmal an Ihr gegenwärtiges Leben denken, haben Sie da alles in allem gesehen ...

- eher mehr, als Ihnen gerechterweise zusteht,
- ungefähr das, was Ihnen gerechterweise zusteht oder
- eher weniger, als Ihnen gerechterweise zusteht?

Seite 13:

Wenn Sie einmal an unsere Wirtschaft denken: Werden da zu viele Dinge ...

- durch den Staat geregelt, oder
- ist das nicht der Fall?

Was meinen Sie: Sollte der Staat ...

- Unternehmen unterstützen, wenn sie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, oder
- sollte da der Staat nicht eingreifen?

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Staat in den letzten Monaten stärker in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen als davor. Was meinen Sie: Wenn die Krise überwunden ist, sollte sich der Staat dann ...

- mit Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen wieder mehr zurückhalten, oder
- sollte er dann weiterhin eingreifen?

Seite 14:

Was haben Sie ganz allgemein für eine Meinung von Unternehmen in Deutschland. Haben Sie da eine ...

- sehr gute,
- gute,
- nicht so gute oder
- überhaupt keine gute Meinung?

Wenn die Unternehmen in Deutschland hohe Gewinne machen, ...

- kommt das dann der gesamten Gesellschaft zugute, oder
- ist das nicht der Fall?

Wenn Unternehmen hohe Gewinne machen, ist das Ihrer Meinung nach ...

- moralisch bedenklich, oder
- ist es das nicht?

Seite 15:

Wie ist das mit Ihrer eigenen Bank: Hat Ihr Vertrauen in Ihre Bank angesichts der Finanzmarktkrise ...

- stark gelitten,
- nicht so stark gelitten oder
- überhaupt nicht gelitten?

Hat Ihr Vertrauen in die Banken in Deutschland angesichts der Finanzmarktkrise ...

- stark gelitten,
- nicht so stark gelitten oder
- überhaupt nicht gelitten?

Seite 16:

Sind die meisten Banken wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise in ihren Finanzgeschäften nun ...

- vorsichtiger geworden, oder
- ist das nicht der Fall?

Für wie wichtig halten Sie es, dass die internationalen Finanzmärkte besser kontrolliert werden? Für ...

- sehr wichtig,
- wichtig,
- weniger wichtig oder
- überhaupt nicht wichtig?

Und was glauben Sie: Wird es in nächster Zeit ...

- zu einer besseren Kontrolle der internationalen Finanzmärkte kommen, oder
- wird es dazu nicht kommen?

Informationen zur Umfrage

Basis dieser Ausgabe von **demo/skopie** sind zwei repräsentative Umfragen, die im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken durch das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) durchgeführt wurden. In einer Hauptbefragung zwischen dem 1. und 10. September 2009 wurden 1.016 wahlberechtigte Deutsche telefonisch befragt. Um ein demoskopisches Stimmungsbild nach der Bundestagswahl vom 27. September 2009 zu erhalten, wurden zwischen dem 13. und 15. Oktober 2009 in einer telefonischen Nachbefragung unter 1.298 wahlberechtigten Deutschen einzelne Aspekte aktualisiert oder neu erhoben.

Die Umfragen wurden durchgeführt anlässlich der 17. Schönhauser Gespräche, dem gesellschaftspolitischen Forum der privaten Banken zum Thema „Deutschland im Wahl- und Krisenjahr: Perspektiven für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ am 28./29. Oktober 2009 in Berlin.

Neben den Ergebnissen aus den aktuellen Umfragen finden zu Vergleichszwecken auch Daten früherer repräsentativer Umfragen Verwendung, die ebenfalls im Auftrag des Bankenverbandes erhoben wurden.

Alle Angaben in Prozent. Fehlende zu 100 % = „weiß nicht“/keine Angabe. Rundungsbedingte Differenzen zu 100 % sind möglich.

Bei der Interpretation der Umfragedaten muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Auswahl der Befragten jeweils um Zufallsstichproben handelt, die anstelle der Gesamtheit untersucht werden. Für die Erhebung ergeben sich folgende Vertrauensbereiche: Bei einem Merkmalswert von 50 % liegt der wahre Wert in der Gesamtheit aller Wahlberechtigten mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % zwischen 46,9 % und 53,1 %, bei einer Merkmalsausprägung von 10 % zwischen 8,1 % und 11,9 %.

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Telefon: (030) 1663-0
Internet: www.bankenverband.de

Verantwortlich:
Inge Niebergall
Telefon (030) 1663-1501
E-Mail: inge.niebergall@bdb.de